



Bertin Eichler
Hauptkassierer der IG Metall

DGB Kundgebung zum Tag der Arbeit

Gute Arbeit muss drin sein!

Friedrichshafen, 1. Mai 2008

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Stand: 30.04.2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was uns richtig wütend macht, ist die herrschende Politik der Umverteilung von unten nach oben.

Die Gewinne der Unternehmen steigen.
Viele Manager streichen nicht mehr nachvollziehbare Millionengehälter und Abfindungen ein.

Millionen werden an der Steuer vorbei nach Liechtenstein und andere Steueroasen verschoben.

Steuerhinterziehung, Korruption, maßlose Managergehälter, hohe Abfindungsoptionen und ausufernde Pensionsansprüche, das sind die täglichen Schlagzeilen.

Teile der Elite pfeifen auf ethische Normen.
Sie können den Hals nicht voll kriegen.

Gleichzeitig haben immer mehr Menschen in unserem Land Angst vor Arbeitslosigkeit.
Immer mehr Menschen gleiten in die Armut ab.

Wir sagen: Jetzt reicht's!
Damit muss endlich Schluss sein!

Die Presse meldet:
Niedriglohnalarm in Deutschland!
Die Zahl der Geringverdiener nimmt rapide zu.

Kein Wunder; dass die Menschen die Nase voll haben.

Das zeigen auch zwei Umfragen von Allensbach und Emnid.
Unabhängig von Parteizugehörigkeiten sind jeweils große Mehrheiten von meist über 70 Prozent

- für einen Mindestlohn,
- für starke Gewerkschaften,
- für mehr soziale Gerechtigkeit,
- gegen Rente mit `67.

Wir Gewerkschaften und Arbeitnehmer haben also gute Chancen,
für unsere Forderungen Gehör und Zustimmung zu finden.

Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit!
Dafür müssen wir uns alle gemeinsam einsetzen:

Gesellschaftliche Organisationen, soziale Bewegungen, Kirchen, Gewerkschaften.

Wir wollen eine andere Politik.

Soziale Gerechtigkeit soll nicht nur die Meinungsumfragen beherrschen.

Soziale Gerechtigkeit muss im Alltag Wirklichkeit werden.

Soziale Gerechtigkeit muss für jeden spürbar sein.

Dann erst sind wir am Ziel!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir wollen der Welt der Neoliberalen eine andere Welt entgegensetzen.

Wir wollen gute Arbeit für ein gutes Leben.

„Gute Arbeit muss drin sein.“

Das haben wir uns für den heutigen 1. Mai auf die Fahnen geschrieben.

Gute Arbeit heißt für uns:

- sichere Arbeitsplätze und gute Einkommen, die ein anständiges Leben möglich machen,
- gute Arbeitsbedingungen am Band genauso wie im Büro - Arbeit darf nicht krank machen
- gute Bildung genauso wie ein Recht auf Weiterbildung für alle,
- und schließlich: mehr Mitbestimmung und Demokratie am Arbeitsplatz und im Unternehmen.

Gutes Geld für gute Arbeit und gute Arbeit für ein gutes Leben.

Gute Arbeit ist machbar.

Da gibt es keine Ausrede.

Da gibt es nur Unternehmer, die das nicht wollen.

Wenn wir gute Arbeit durchsetzen wollen,

brauchen wir mehr Mitbestimmung in den Betrieben und mehr, die sich dafür engagieren.

Gute Arbeit ist mitbestimmte Arbeit!

Nur wer die Chance hat auf gute Bildung und Ausbildung hat,

hat eine Chance auf gute Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben.

Unser Bildungswesen ist in einem desolaten Zustand.

Es ist ungerecht.

Es fördert zu wenig und grenzt zu stark aus.

Aus den so genannten unteren sozialen Schichten machen gerade mal 11 Prozent der Kinder das Abitur.

Aus den oberen Schichten 80 Prozent.

Das ist eine Schande.

Das ist wieder wie im 19. Jahrhundert.

Damit können wir uns nicht abfinden.

Herkunft darf nicht über Ausbildungschancen entscheiden.

Das heißt auch:

Weg mit den Studiengebühren!

Es ist ein Skandal!

Die Wirtschaft brummt, die Gewinne steigen!

Doch der Mangel an Ausbildungsplätzen ist nicht behoben.

Es ist ein Armutszeugnis,

wie viele Jugendliche um ihre Zukunftschancen betrogen werden.

Die Arbeitgeber haben versagt.

Und sie merken nicht einmal, wie sie dabei ihr eigenes Grab schaufeln.

Es ist jetzt schon spürbar:

Gestern wurde nicht ausgebildet.

Und heute wird über Fachkräftemangel geklagt.

Wie lange will die Politik diesem Drama noch zuschauen?

Wie lange will man uns noch für dumm verkaufen?

Jetzt müssen die Unternehmen endlich in die Pflicht genommen werden.

Wer nicht ausbildet muss zahlen!

Das sind wir unseren Kindern schuldig!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gute Arbeit heißt auch:

Wir brauchen dringend alters- und alternsgerechte Arbeitsplätze.

Und wir brauchen die Möglichkeit für einen flexiblen Altersausstieg vor dem gesetzlichen Rentenalter.

Der Beschluss zur Rente mit 67 wurde gegen alle betrieblichen Realitäten beschlossen.

Wer kann denn wirklich bis 67 arbeiten?

Und da fordert die Bundesbank die Rente mit 68,5.
Das ist doch Wahnsinn!

Der Problemdruck in den Betrieben ist gewaltig.
Auch die Arbeitgeber spüren hier Handlungsbedarf.

Weil viele Beschäftigte nach dreißig, vierzig Jahren Maloche nicht mehr können.
Weil der Druck immer stärker wird, auch bei hoch qualifizierten Beschäftigten.

Es ist absurd, dass die Politik die Förderung der Altersteilzeit über die Bundesagentur für Arbeit nach 2009 einstellen will.

Das werden wir nicht hinnehmen.

Wir kämpfen für einen Tarifvertrag zur neuen Altersteilzeit.

Die Möglichkeit für einen vorzeitigen Ausstieg nützt allen:
Die Jüngeren haben größere Chancen auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.
Die älteren Kolleginnen und Kollegen haben die Chance auf einen flexiblen Ausstieg, wenn sie nicht mehr können.

Gute Arbeit und gutes Leben heißt auch, gesund in die Rente zu gehen.

Wir brauchen flexible Übergangsmodelle in die Rente.
Die Politik muss hierfür den langfristig verlässlichen Rahmen schaffen.
Dann werden wir einen vernünftigen Tarifvertrag durchsetzen.

Das ist die Reihenfolge, in der das funktionieren kann.

Das ist Generationensolidarität.
Nur miteinander gestalten wir die Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Immer mehr Menschen sind weit von guter Arbeit entfernt.

Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist stark gewachsen.

Innerhalb von zehn Jahren stieg der Anteil von 15 auf 22 Prozent.
Rund 6,5 Millionen Menschen sind Geringverdiener.

Rund zwei Millionen Menschen werden mit unter fünf Euro pro Stunde abgespeist:

In Großbritannien sind solche deutschen Löhne verboten.
Da gibt es einen Mindestlohn von knapp acht Euro.

Wir brauchen eine untere Schranke bei den Löhnen.
Vorrang haben für uns branchenbezogene Lösungen, auf der Basis von Tarifverträgen.

In den Bereichen, in denen keine tariflichen Lösungen möglich sind, ist ein gesetzlicher Mindestlohn erforderlich.

Die Politik muss handeln!
Wer hart arbeitet, muss ein ordentliches Einkommen haben.

Wir müssen ebenfalls das Thema Leiharbeit anpacken.

Die Zahl der Leiharbeiter steigt rasant.
Die Millionengrenze ist bald überschritten.

Dieses Jahr feiern wir den sechzigsten Jahrestag der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Dort steht in Artikel 23:
„Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit“

Es ist eine Schande!
60 Jahre nach Verkündung der allgemeinen Menschenrechte muss die IG Metall eine Kampagne für die Einhaltung eines Menschenrechts führen.

„Gleiche Arbeit – gleiches Geld“.
Dafür machen wir uns mit der Kampagne Leiharbeit stark.

Wir stellen fest:
Leiharbeit dient längst nicht mehr dazu, Auftragsspitzen aufzufangen.
Zunehmend werden Stammarbeitsplätze ersetzt.

Leiharbeit dient dem Profit, sie ist die Folge der Gier mancher Unternehmer.

Das hat oft nichts mehr mit Flexibilisierung zu tun.
Und schon gar nicht mit guter Arbeit!

Wir erleben nicht selten einen Missbrauch von Leiharbeit,
um Tarifstandards zu unterlaufen,
um Löhne zu drücken und Profite zu mehren.
Deshalb gilt:
Leiharbeit muss begrenzt werden,
und wo sie erforderlich ist,
muss der Grundsatz gelten:
„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“!

In vielen Betrieben haben wir bereits entsprechende Vereinbarungen durchsetzen können, die sich am Tarifvertrag orientieren.

Beispiele sind BMW oder Audi.

Beispiel ist auch ZF in Friedrichshafen.
Hier gab es über 500 Leiharbeiter.

Ende 2007 wurden über 300 Leiharbeiter in befristete oder unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen.

Heute sind es gemäß Betriebsvereinbarung 130 Leiharbeiter,
bis Oktober 2008 werde es noch 80 sein.

Auch bei mtu arbeiten die Betriebsräte an einer Reduzierung des Anteils von Leiharbeit und an einer Equal-Pay-Vereinbarung.

Wir sehen:

Negative Auswüchse bei der Leiharbeit müssen wir nicht hinnehmen.
„Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ und eine Begrenzung der Leiharbeit ist machbar.

Dafür lohnt es sich gemeinsam zu kämpfen.

Kolleginnen und Kollegen,

Banken wackeln, Immobilienmärkte brechen zusammen.
Die Krise der Finanzmärkte bringt fast täglich neue Schreckensmeldungen.

Diejenigen, die seit 20 Jahren erzählen,
- der Staat ist schlecht, der Markt ist gut,
- Finanzmarktkontrolle ist schlecht, freier Börsenhandel ist gut,

Bänker, Börsenhändler und Unternehmenslenker,
all diese neoliberalen Wirtschaftsweisen stehen heute vor einem Scherbenhaufen ihrer Politik.

Hoch, höher, am höchsten - koste es was es wolle: das war die Devise.
Die Gier nach immer mehr Profit kannte keine Grenzen.

Aus dem Griff nach den Sternen wurde der Griff in die Staatskasse.
Jetzt soll der Staat die Scherben zusammenkehren.

Scheinbar Milliarden-Profite erwirtschaften,
dafür dicke Bonuszahlungen kassieren,

und jetzt die Krise von uns, vom Steuerzahler, mit zig Milliarden finanzieren lassen.
Das ist deren Politik.
Dreister und frecher geht es nicht mehr.

Wir müssen dieser hochriskanten Zockerei Grenzen setzen.
Zocken darf sich für Banker und Manager nicht mehr länger lohnen.
Der Rücktritt eines Vorstandsvorsitzenden oder eines Ministerpräsidenten reicht da nicht aus.
Die kassieren jetzt auch noch Millionenabfindungen und fette Pensionen.
Doch die Arbeitsplätze werden abgebaut und der Steuerzahler bleibt auf den Verlusten sitzen.

Was wir brauchen sind weit reichende gesetzliche Kontrollen der internationalen Finanzmärkte.
Nur so kann die nächste Krise verhindert werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Diese Vorfälle sind übrigens keine Spezialität nur der Finanzwirtschaft.

Ich sage nur: Nokia, ein Beispiel unter vielen.
Der eine oder andere von Euch hat den Klingelton vermutlich im Ohr: Nokia – connecting people. Nokia verbindet Menschen.

Die Werbung lügt: Dieser Konzern verbindet keine Menschen. Er verachtet sie.

Der Konzern hat den Beschäftigten nicht die Pistole auf die Brust gesetzt.
Nein, der Konzernvorstand hat gleich geschossen.
Das ist Wild-West-Kapitalismus.

Standorte werden dichtgemacht – nicht weil sie Verluste machen,
sondern weil sie zu wenig Rendite abwerfen.

Das ist schlicht asozial!

Wer so handelt, der zerstört auf Dauer das soziale Leben einer Gesellschaft.
Wer das tut, der untergräbt unsere Demokratie.

Gerade in Zeiten der Globalisierung brauchen wir mehr und nicht weniger Demokratie und Mitbestimmung in den Betrieben.

Nur dann werden die Beschäftigten nicht länger zum Objekt und Kostenfaktor degradiert.

Der Macht der Shareholder, der Großaktionäre und Finanzinvestoren müssen Grenzen gesetzt werden.

Nicht die Mitbestimmung gefährdet den Standort.
Nicht die Tarifierhöhungen vernichten Arbeitsplätze.

Missmanagement, verfehlte Geschäftspolitik und überzogene Renditeerwartungen der Kapitalgeber.
Das sind die wahren Killer von Aufschwung und Wachstum!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir kämpfen weiterhin für eine gerechte Einkommensverteilung.
Wir kämpfen für Löhne und Gehälter, die zum Leben reichen.

Die Gewinne der im DAX 30 notierten Metallkonzerne stiegen in 2007 um zwei Drittel auf insgesamt 32,5 Milliarden Euro.

Die Wirtschaft brummt.
Auch am Bodensee.

Die Zahnradfabrik kann auf das beste Jahr ihrer Geschichte zurückblicken:
Über 12,6 Milliarden Umsatz und ein Gewinnplus von 70 Prozent auf 518 Millionen Euro.

Auch Tognum/Mtu hat ein hervorragendes Geschäftsjahr abgeschlossen und will auch in 2008 den Wachstumskurs fortsetzen.

Gute Ergebnisse auch bei Zeppelin Systems und Georg Fischer.

Mit Blick auf die anstehenden Tarifrunden sind die Erwartungen der Beschäftigten entsprechend hoch.

Keine Frage:
Es ist Zeit, dass von den steigenden Gewinnen auch die Beschäftigten dauerhaft profitieren, nicht nur die Aktionäre.

Das Tarifjahr 2008 hatte mit dem Tarifiergebnis für die Stahlindustrie einen gelungenen Auftakt.

5,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Das ist eine gute Grundlage für die bevorstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie.

Bei Textil und Bekleidung konnte ein Plus von 3,6 Prozent erreicht werden.

Ver.di gelang es, im öffentlichen Dienst einen deutlich höheren Reallohn durchzusetzen.

Diese Erfolge waren nur möglich,
weil die Beschäftigten selbstbewusst für ihre Interessen gekämpft haben.
Das hat sich ausgezahlt, das hat sich gelohnt.

Stark sind die Gewerkschaften durch ihre Mitglieder.
Nur eine starke Gewerkschaft kann die Interessen der Beschäftigten durchsetzen.

Nur Belegschaften, die gut in Gewerkschaften organisiert sind, können ihre Interessen wirksam vertreten.

Das sahen wir zuletzt bei ThyssenKrupp Drautz Nothelfer in Ravensburg.

Die geplante Schließung wurde abgewehrt.
Dank des gemeinsamen Kampfes der Beschäftigten und der IG Metall,
dank der Solidarität und Unterstützung durch die Beschäftigten anderer Betriebe,
durch Kirchen, Vereinen und der Stadt Ravensburg.

Seit 1. März 2008 gibt es mit dem neuen Eigentümer EBZ eine neue Zukunft:

- Standortgarantie bis 2012,
- alle Arbeitsplätze sind gesichert,
- die Ausbildung bleibt bis 2010 erhalten,
- Azubis und BA-Studenten werden übernommen,
- Verhandlungen mit der IG Metall über eine Tarifregelung sind zugesagt.

Das haben wir nur gemeinsam erreicht.
Darauf können wir stolz sein.
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der 1. Mai war immer auch der internationale Tag gegen Rassenhass und Faschismus.

Morgen am 2. Mai jährt sich zum 75. Mal die Machtübergabe an die Nazis,
der Sturm auf die Gewerkschaftshäuser sowie das Verbot der Gewerkschaften.

Viele Gewerkschaftsfunktionäre wurden inhaftiert, gefoltert und in den Konzentrationslagern ermordet.

Die Gewerkschaften haben die Lehren aus der faschistischen Barbarei gezogen.

Wir wissen:

Tarifautonomie, Sozialstaat und Mitbestimmung waren entscheidende und unverzichtbare Elemente der Neuordnung und der Ausgestaltung einer demokratischen Gesellschaft.

Das gilt es zu verteidigen.

Deshalb gilt es heute klar Stellung zu beziehen:

Gegen Fremdenfeindlichkeit,
gegen Faschismus!
für ein friedliches und faires Miteinander!

Jetzt heißt es aufstehen!

Gegen Abzockerei!
Gegen soziale Ungleichheit!
Für eine gerechte Gesellschaft.
Für Mitbestimmung und gute Arbeit!

Dafür stehen wir ein, gemeinsam, stark und selbstbewusst.

Ich wünsche allen eine schöne Maifeier.

Glückauf!